

ZEIT FÜR BRAUNSCHWEIG

FÜR DIE KOMMUNALWAHL 2026 IN BRAUNSCHWEIG



Liebe Braunschweiger,

Braunschweig ist eine Stadt mit großer Geschichte, starker Wirtschaft, leistungsfähigem Mittelstand und engagierten Bürgern. Viele Menschen arbeiten täglich dafür, dass unsere Stadt lebenswert bleibt – in Familien, Unternehmen, Vereinen, Ehrenämtern und Nachbarschaften.

Doch immer mehr Bürger haben den Eindruck, dass sich Braunschweig in die falsche Richtung entwickelt. Während Straßen, Brücken und öffentliche Infrastruktur verfallen, steigen die Ausgaben der Stadt immer weiter. Während Familien, Pendler, Arbeitnehmer und Unternehmen unter wachsenden Belastungen leiden, fließen immer mehr Mittel in politisch motivierte Projekte. Während viele Bürger mehr Sicherheit, Ordnung und Lebensqualität erwarten, werden Probleme häufig relativiert oder verschwiegen.

Wir sind der Überzeugung, dass Kommunalpolitik sich wieder an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger orientieren muss. Die wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs müssen Vorrang haben.

Als AfD Braunschweig stehen wir für eine Politik des gesunden Menschenverstandes. Wir setzen uns für sichere Straßen und Plätze, eine leistungsfähige Infrastruktur, bezahlbares Wohnen, starke Familien, eine bürgerfreundliche Verwaltung, solide Finanzen und eine wirtschaftsfreundliche Entwicklung unserer Stadt ein. Wir wollen, dass Braunschweig wieder dort investiert, wo die Menschen einen echten Nutzen davon haben.

Dabei gilt für uns ein einfacher Grundsatz: Das Geld der Bürger muss verantwortungsvoll eingesetzt werden. Die Stadt ist für ihre Bürger da – nicht die Bürger für die Stadtverwaltung. Entscheidungen müssen transparent, nachvollziehbar und im Interesse der Einwohner getroffen werden.

Mit diesem Kommunalwahlprogramm legen wir unsere Ziele und Vorstellungen für die Zukunft Braunschweigs vor. Es ist das Ergebnis vieler Gespräche, Erfahrungen und Anregungen aus der Bürgerschaft sowie der gemeinsamen Arbeit unserer Mitglieder.

Wir wollen Braunschweig nicht verwalten, sondern gestalten. Wir wollen Fehlentwicklungen korrigieren, Bewährtes erhalten und unsere Stadt fit für die Zukunft machen.

Für ein sicheres, lebenswertes und starkes Braunschweig.

AfD Braunschweig

1. Finanzen	2
2. Kinder, Familie & Bildung	4
3. Sicherheit & Ordnung	6
4. Wirtschaft & Arbeit	8
5. Migration & Integration	10
6. Wohnen & Stadtentwicklung	12
7. Soziales & Jugend	14
8. Kultur & Werte	16
9. Infrastruktur und Verkehr	18
10. Energie & Umwelt	20

1. Finanzen

Solide Finanzen statt neuer Schulden.

Position

- Die Stadt muss mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoll, sparsam und transparent umgehen.
- Neue Schulden dürfen nicht zur bequemen Lösung politischer Fehlentwicklungen werden.
- Kommunale Finanzen müssen sich wieder stärker auf Kernaufgaben konzentrieren.
- Steuergeld ist hart erarbeitet und darf nicht leichtfertig verschwendet werden.
- Braunschweig braucht eine Politik der Prioritäten statt immer neuer finanzieller Belastungen.
- Die Handlungsfähigkeit der Stadt muss langfristig gesichert werden.
- Verwaltung und Politik müssen Ausgaben regelmäßig kritisch überprüfen.
- Bürger, Eigentümer und Unternehmen dürfen nicht immer weiter durch kommunale Belastungen unter Druck gesetzt werden.
- Haushaltsdisziplin, Transparenz und wirtschaftliche Vernunft müssen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

Maßnahmen

- Konsequente Überprüfung kommunaler Ausgaben auf Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit
- Konzentration auf kommunale Kernaufgaben statt ideologischer Prestigeprojekte
- Kritische Prüfung freiwilliger Ausgaben, Zuschüsse und Förderprogramme
- Stärkung transparenter Haushaltsführung
- Vermeidung neuer unnötiger Verschuldung
- Effizientere Verwaltungsstrukturen zur Entlastung des Haushalts
- Bessere Priorisierung kommunaler Investitionen
- Schutz der Bürger vor zusätzlichen kommunalen Belastungen, soweit kommunal beeinflussbar
- Regelmäßige Aufgabenkritik innerhalb der Verwaltung

Weniger Verschwendung. Mehr Braunschweig.

Eine Stadt kann nur dann dauerhaft handlungsfähig bleiben, wenn sie solide wirtschaftet und verantwortungsvoll mit dem Geld ihrer Bürger umgeht.

Steuergeld ist kein Selbstbedienungstopf für politische Wünsche, sondern hart erarbeitetes Geld der Bürger. Deshalb braucht Braunschweig wieder eine Finanzpolitik mit klaren Prioritäten, Haushaltsdisziplin und wirtschaftlicher Vernunft.

Wir sagen klar: Schluss mit politischer Ausgabenpolitik ohne Augenmaß.

In den vergangenen Jahren erleben Bürger immer wieder, dass für ideologische Projekte oder Symbolpolitik Geld bereitgestellt wird, während gleichzeitig bei Kernaufgaben, Infrastruktur, Sicherheit oder kommunalen Leistungen finanzielle Engpässe entstehen.

Eine solche Politik lehnen wir ab.

Braunschweig muss sich wieder stärker auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren: funktionierende Infrastruktur, Sicherheit, Bildung, Familien, Ordnung, Verwaltung und eine leistungsfähige Stadt.

Jede Ausgabe muss sich an Nutzen, Notwendigkeit und Verantwortbarkeit messen lassen. Freiwillige Leistungen, Förderprogramme und zusätzliche Projekte müssen regelmäßig kritisch überprüft werden. Nicht alles, was politisch wünschenswert erscheint, ist auch finanziell verantwortbar.

Neue Schulden dürfen nicht zur bequemen Antwort auf politische Fehlentscheidungen werden. Wer heute ohne Maß wirtschaftet, belastet am Ende kommende Generationen und schränkt die Handlungsfähigkeit der Stadt langfristig ein.

Gleichzeitig dürfen Bürger, Eigentümer, Familien und Unternehmen nicht immer weiter durch zusätzliche kommunale Belastungen, Abgaben oder indirekte Kosten unter Druck gesetzt werden.

Wir setzen deshalb auf eine Finanzpolitik mit klaren Prioritäten: Kernaufgaben zuerst, Haushaltsdisziplin statt Verschwendung, Transparenz statt Haushaltstricks und verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger.

Braunschweig braucht wieder eine Finanzpolitik, die sich rechnet.

2. Kinder, Familie & Bildung

Starke Familien, verlässliche Betreuung und leistungsfähige Bildung sichern die Zukunft unserer Stadt und sind das Fundament einer funktionierenden Gemeinschaft.

Position

- Familie aus Vater, Mutter und Kindern ist das Fundament unserer Gesellschaft und verdient besonderen Schutz und Förderung.
- Eltern haben das vorrangige Erziehungsrecht für ihre Kinder.
- Gute Bildung beginnt mit funktionierenden Kitas, solider frühkindlicher Förderung und klaren Bildungsstandards.
- Schulen müssen Orte des Lernens, der Leistung, der Wissensvermittlung und der Persönlichkeitsentwicklung sein.
- Die deutsche Sprache ist Voraussetzung für erfolgreiche Bildung und Integration.
- Parallelgesellschaften und mangelnde Sprachkompetenz dürfen sich nicht bereits im Kindesalter verfestigen.
- Politische Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche lehnen wir ab.
- Kinder brauchen Orientierung, Sicherheit, Wertevermittlung und verlässliche Bildungsstrukturen.
- Familienfreundliche Stadtpolitik muss sich am Alltag von Familien orientieren.

Maßnahmen

- Ausbau verlässlicher Kita- und Betreuungsangebote
- Verbesserung der personellen Ausstattung in Kitas und Bildungseinrichtungen
- Frühzeitige und verbindliche Sprachförderung bei Kindern mit Förderbedarf
- Konsequente Unterstützung bei Sprach- und Lernrückständen
- Stärkung von Leistungsprinzip und Bildungsqualität
- Förderung sicherer Schulwege und familienfreundlicher Infrastruktur
- Ausbau von Sport-, Freizeit- und Vereinsangeboten für Kinder und Jugendliche
- Klare Konzentration von Schulen auf ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag

Braunschweig familienfreundlich gestalten

Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Vater, Mutter und Kinder übernehmen Verantwortung füreinander, vermitteln Werte, geben Halt und schaffen Zukunft. Eine Politik, die Familien stärkt, stärkt damit immer auch die Zukunft unserer Stadt.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Familien in Braunschweig wieder stärker in den Mittelpunkt kommunaler Politik rücken.

Viele Familien erleben heute jedoch das Gegenteil: Betreuungsengpässe, überlastete Einrichtungen, unsichere Schulwege, steigende Belastungen und ein Bildungssystem, das sich

immer häufiger mit Nebenschauplätzen beschäftigt, statt sich konsequent auf seinen eigentlichen Auftrag zu konzentrieren.

Wir sagen klar: Kinder brauchen Bildung statt Bildungsexperimente. Kitas und Schulen müssen wieder Orte sein, an denen Wissen vermittelt, Leistung gefördert, soziale Kompetenzen gestärkt und Kinder auf ein eigenverantwortliches Leben vorbereitet werden. Sinkende Bildungsstandards, zunehmende Sprachdefizite und eine Überforderung vieler Einrichtungen dürfen nicht länger hingenommen werden.

Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Deshalb muss Sprachförderung früh, verbindlich und konsequent erfolgen. Es darf nicht zugelassen werden, dass mangelnde Sprachkenntnisse oder integrationshemmende Parallelstrukturen bereits im Kindesalter verfestigt werden und dadurch Bildungschancen für alle Kinder beeinträchtigt werden.

Gleichzeitig lehnen wir es ab, dass Schulen und Bildungseinrichtungen zunehmend für politische Einflussnahme genutzt werden. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag muss wieder im Mittelpunkt stehen – nicht gesellschaftspolitische Umerziehung.

Eltern haben das natürliche und vorrangige Erziehungsrecht für ihre Kinder. Staatliche und kommunale Einrichtungen haben Familien zu unterstützen – nicht ihre Rolle zu ersetzen. Kinder brauchen Orientierung, Sicherheit, Leistung, Wertevermittlung und gute Zukunftschancen. Familien brauchen Entlastung, Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen.

Braunschweig braucht deshalb eine Familien- und Bildungspolitik, die Familien stärkt, Kinder schützt und Bildung wieder auf ihren eigentlichen Auftrag konzentriert.

3. Sicherheit & Ordnung

Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit, Lebensqualität und gesellschaftliche Entfaltung.

Position

- Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit, Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Der Schutz der Bürger hat Vorrang vor ideologischer Symbolpolitik und falsch verstandener Toleranz gegenüber Kriminalität.
- Öffentliche Räume müssen wieder sicherer werden – in der Innenstadt, in Stadtteilen, an Bahnhöfen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen.
- Kriminalität, Gewalt, Vandalismus und Verwahrlosung dürfen nicht zum Alltag in Braunschweig werden.
- Polizei, Ordnungsdienst, Rettungskräfte und Feuerwehr verdienen Rückhalt statt zusätzlicher Belastungen.
- Recht und Ordnung müssen konsequent durchgesetzt werden.
- Sicherheitsprobleme müssen klar benannt und nicht aus politischen Gründen relativiert werden.
- Angsträume, Brennpunkte und wiederkehrende Störungen des öffentlichen Lebens müssen konsequent bekämpft werden.
- Die Sicherheit von Frauen, Kindern, Senioren und besonders schutzbedürftigen Menschen muss im öffentlichen Raum wieder stärker gewährleistet werden.

Maßnahmen

- Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes und sichtbare Präsenz an bekannten Brennpunkten
- Konsequenteres Vorgehen gegen Gewalt, Vandalismus, Vermüllung und wiederkehrende Störungen im öffentlichen Raum
- Mehr Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten im rechtlich zulässigen Rahmen
- Verbesserung der Beleuchtung und Sicherheitsinfrastruktur an Angsträumen
- Null-Toleranz-Strategie gegen Verwahrlosung, Sachbeschädigung und öffentliche Unsicherheit
- Bessere Unterstützung von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und kommunalen Einsatzkräften
- Konsequenter Schutz von Schulen, Spielplätzen und sensiblen öffentlichen Bereichen
- Stärkere Zusammenarbeit zwischen Stadt, Polizei und Sicherheitsbehörden

Sicherheit ist nicht verhandelbar

Sicherheit ist kein Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung für Freiheit, Lebensqualität und ein funktionierendes Gemeinwesen.

Wer sich in seiner Stadt nicht mehr sicher fühlt, verliert Vertrauen in Staat, Verwaltung und Politik. Genau dieses Vertrauen wurde in vielen Bereichen in den vergangenen Jahren zunehmend beschädigt.

Immer mehr Bürger erleben, dass Gewalt, Belästigungen, Vandalismus, Vermüllung, Angsträume und Störungen des öffentlichen Lebens zunehmen – während Probleme zu oft relativiert, kleingeredet oder aus falsch verstandener politischer Rücksicht nicht klar benannt werden. Wir sagen klar: Sicherheit muss wieder konsequent durchgesetzt werden.

Öffentliche Plätze, Bahnhöfe, Parks, Schulumfelder und Stadtteile müssen Orte sein, an denen sich Bürger frei und sicher bewegen können – unabhängig von Tageszeit oder Wohnort. Besonders Frauen, Kinder, ältere Menschen und schutzbedürftige Personen dürfen sich im öffentlichen Raum nicht zunehmend eingeschränkt oder bedroht fühlen.

Recht und Ordnung dürfen nicht dem Eindruck von Kontrollverlust weichen. Wer Regeln dauerhaft missachtet, öffentliche Räume beschädigt, Menschen einschüchtert oder das Sicherheitsgefühl ganzer Stadtteile beeinträchtigt, muss mit klaren Konsequenzen rechnen. Wir lehnen eine Politik des Wegsehens, Relativierens und der falsch verstandenen Nachsicht und die damit einhergehenden Folgen ab.

Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte und kommunale Einsatzkräfte leisten täglich einen unverzichtbaren Dienst für unsere Stadt. Sie verdienen Rückhalt, Respekt und politische Unterstützung – statt zusätzlicher Belastungen oder mangelnder Rückendeckung.

Gleichzeitig müssen bekannte Brennpunkte, Angsträume und wiederkehrende Störungen des öffentlichen Lebens konsequent angegangen werden. Sicherheit entsteht nicht durch politische Beschwichtigung, sondern durch sichtbare Präsenz, klare Regeln und konsequente Durchsetzung von Recht und Ordnung.

Braunschweig muss eine Stadt sein, in der Bürger sich sicher fühlen können – im Alltag, im öffentlichen Raum und in ihrem direkten Lebensumfeld.

4. Wirtschaft & Arbeit

Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern und Leistung wieder fördern – statt Bürokratie, Belastungen und fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik.

Position

- Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeitsplätze, Wohlstand und kommunale Handlungsfähigkeit.
- Mittelstand, Handwerk, Industrie und familiengeführte Unternehmen müssen wieder stärker in den Mittelpunkt kommunaler Wirtschaftspolitik rücken.
- Arbeit muss sich lohnen und wirtschaftliche Leistung darf nicht durch immer neue Belastungen bestraft werden.
- Braunschweig darf seine wirtschaftliche Stärke nicht durch ideologische Fehlentscheidungen, Bürokratie und zusätzliche Belastungen gefährden.
- Kommunale Verwaltung muss schneller, digitaler und wirtschaftsfreundlicher arbeiten.
- Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen statt immer neuer Auflagen und Hindernisse.
- Regionale Wirtschaftskraft, Innovation und Arbeitsplätze müssen gestärkt werden.
- Kommunale Politik darf Wirtschaft nicht behindern, sondern muss sie ermöglichen.
- Wirtschaftspolitik muss sich an praktischer Vernunft orientieren.

Maßnahmen

- Beschleunigung kommunaler Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren
- Konsequenter Abbau unnötiger bürokratischer Hürden
- Stärkung von Handel und Dienstleistung in der Innenstadt.
- Wirtschaftsfreundlichere Verwaltung mit schnelleren Entscheidungen
- Stärkung von Mittelstand, Handwerk und regionaler Wirtschaft
- Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen und Investitionen
- Unterstützung von Ausbildungsbetrieben und regionaler Fachkräftesicherung
- Stärkere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Schulen und Ausbildungsträgern
- Überprüfung kommunaler Belastungen für Unternehmen auf Wirtschaftlichkeit
- Förderung eines attraktiven Wirtschaftsstandorts Braunschweig

Starke Industrie. Starkes Handwerk. Starkes Braunschweig.

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine handlungsfähige Stadt.

Nur wo Unternehmen investieren, Menschen arbeiten und wirtschaftliche Leistung erbracht wird, entstehen Steuereinnahmen, Ausbildungsplätze, Innovation und gesellschaftlicher Wohlstand. Eine Politik, die Wirtschaft schwächt, gefährdet deshalb immer auch die Zukunft einer Stadt.

Wir sagen klar: Braunschweig braucht eine wirtschaftsfokussierte Kommunalpolitik.

Mittelstand, Handwerk, Industrie, Selbstständige und familiengeführte Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze, bilden junge Menschen aus, zahlen Steuern und sorgen für Stabilität. Trotzdem werden sie immer häufiger durch Bürokratie, langwierige Verfahren, zusätzliche Belastungen und politischer Vorgaben ausgebremst. Wir lehnen eine Wirtschaftspolitik ab, die Leistung bestraft und Unternehmen immer neue Hindernisse in den Weg stellt.

Gerade kommunale Politik muss dafür sorgen, dass Genehmigungen schneller erfolgen, Verwaltung effizienter arbeitet und wirtschaftliche Entwicklung nicht an Bürokratie, Planungschaos oder Fehlentscheidungen scheitert.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Wer Leistung bringt, Verantwortung übernimmt, Unternehmen führt oder Arbeitsplätze schafft, darf nicht immer stärker belastet werden. Gleichzeitig braucht Braunschweig auch in Zukunft gute Ausbildungsplätze, starke Betriebe, Fachkräfte, Innovation und wirtschaftliche Dynamik. Schulen, Ausbildung, Handwerk und Unternehmen müssen dabei wieder stärker zusammengebracht werden.

Eine Stadt lebt nicht von Velo-Routen und Pocket-Parks, sondern von wirtschaftlicher Stärke. Braunschweig braucht deshalb eine Wirtschaftspolitik mit Vernunft: weniger Bürokratie, schnellere Verwaltung, starke Unternehmen, sichere Arbeitsplätze und bessere Rahmenbedingungen für Leistung, Innovation und regionalen Wohlstand.

5. Migration & Integration

Integration braucht klare Regeln, deutsche Sprache und die Bereitschaft zur Anpassung – statt Parallelgesellschaften, Integrationsversagen und politischem Wegsehen.

Position

- Kulturelle Identität, deutsche Sprache und gesellschaftliche Grundregeln müssen klar verteidigt werden.
- Integration ist eine Bringschuld und setzt die Bereitschaft voraus, sich in Sprache, Regeln und gesellschaftliches Zusammenleben einzufügen.
- Die deutsche Sprache ist die zentrale Voraussetzung für Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und erfolgreiche Integration.
- Parallelgesellschaften, Integrationsverweigerung und kulturelle Abschottung dürfen in Braunschweig keinen Raum bekommen.
- Kommunale Politik darf Integrationsprobleme nicht relativieren oder aus politischen Gründen verschweigen.
- Wer dauerhaft in Deutschland lebt, muss unsere Sprache beherrschen und die grundlegenden Regeln unseres Zusammenlebens akzeptieren.
- Integration bedeutet Anpassung an unser Land – nicht die Anpassung unserer Gesellschaft an integrationsunwillige Parallelstrukturen.
- Öffentliche Einrichtungen, Schulen und Kitas dürfen nicht durch Integrationsversagen dauerhaft überfordert werden.
- Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss geschützt und gestärkt werden.

Maßnahmen

- Frühzeitige und verbindliche Sprachförderung bei Kindern mit Sprachdefiziten
- Klare Erwartung an sprachliche und gesellschaftliche Integration im kommunalen Alltag
- Stärkere Unterstützung von Schulen und Kitas bei Integrations- und Sprachproblemen
- Konsequentes Vorgehen gegen integrationshemmende Parallelstrukturen
- Klare Regeln in öffentlichen Einrichtungen und bei kommunalen Angeboten
- Schutz öffentlicher Ordnung und gesellschaftlicher Grundregeln im kommunalen Zusammenleben
- Kommunale Belastungen durch Integrationsprobleme transparent machen
- Förderung gesellschaftlicher Integration statt dauerhafter Abschottung

Zusammenhalt braucht gemeinsame Werte

Migration und Integration sind seit Jahren zentrale gesellschaftliche Themen – auch auf kommunaler Ebene. Städte und Kommunen tragen die praktischen Folgen unmittelbar: in Schulen, Kitas, Wohnquartieren, sozialen Einrichtungen, im öffentlichen Raum und im täglichen Zusammenleben.

Wir sagen klar: Integration kann nur gelingen, wenn sie auch eingefordert wird. Wer dauerhaft in Deutschland lebt, muss bereit sein, sich in Sprache, Regeln und gesellschaftliches Zusammenleben einzufügen. Die deutsche Sprache ist dabei der Schlüssel für

Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Ohne Sprache gibt es keine erfolgreiche Integration.

Wir lehnen deshalb eine Politik ab, die Integrationsprobleme kleinredet, Parallelgesellschaften hinnimmt oder aus falsch verstandener Toleranz Fehlentwicklungen nicht klar benennt. Integration bedeutet nicht, dass sich die Gesellschaft immer weiter an integrationsunwillige Parallelstrukturen anpassen muss. Integration bedeutet, dass Menschen, die dauerhaft hier leben, unsere Sprache lernen, unsere Regeln respektieren und sich in das gesellschaftliche Leben einfügen.

Gerade Schulen, Kitas und kommunale Einrichtungen erleben die Folgen von Integrationsdefiziten oft unmittelbar. Sprachprobleme, kulturelle Abschottung, fehlende gesellschaftliche Orientierung und integrationshemmende Strukturen dürfen nicht dazu führen, dass Bildungseinrichtungen, Stadtteile oder soziale Systeme dauerhaft überfordert werden. Wir sagen deshalb auch: Parallelgesellschaften dürfen sich in Braunschweig nicht weiter verfestigen.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt lebt von gemeinsamen Regeln, gemeinsamer Sprache und einem klaren Verständnis unseres Zusammenlebens. Eine Politik des Wegsehens, Relativierens oder Verschweigens hilft weder den Bürgern noch den Menschen, die sich tatsächlich integrieren wollen.

Braunschweig braucht deshalb eine Integrationspolitik mit klaren Erwartungen: deutsche Sprache, gesellschaftliche Anpassung, klare Regeln und die Bereitschaft, Teil unserer Gemeinschaft zu werden – statt dauerhafter Abschottung und Integrationsversagen.

6. Wohnen & Stadtentwicklung

Vernunftorientierte, bezahlbare Stadtentwicklung

Position

- Wohnungsbau muss in Braunschweig schneller, einfacher und wirtschaftlicher möglich werden.
- Kommunale Politik darf Bauen, Wohnen und Eigentum nicht durch immer neue Auflagen, Vorgaben und Kostentreiber zusätzlich belasten.
- Junge Familien und Normalverdiener müssen wieder bessere Chancen auf Wohneigentum und bezahlbare Grundstücke erhalten.
- Stadtentwicklung muss sich an den Bedürfnissen der Bürger orientieren – symbolträchtige Prestigeprojekte vermeiden.
- Entwicklungsflächen müssen zügig und sinnvoll genutzt werden, um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.
- Nachverdichtung darf nicht zulasten bestehender Wohnqualität erfolgen.
- Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Nahversorgung und Lebensqualität müssen in einer ausgewogenen Stadtentwicklung zusammengedacht werden.
- Eigentum, private Investitionen und bürgernahe Stadtentwicklung sind zu stärken statt durch Bürokratie und Reglementierung auszubremsen.

Maßnahmen

- Beschleunigung kommunaler Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Überprüfung kommunaler Bauvorgaben auf Wirtschaftlichkeit und Kostenfolgen
- Abbau unnötiger bürokratischer Hürden bei Wohnungsbau und Nachverdichtung
- Zügige Entwicklung geeigneter Flächen für neuen Wohnraum
- Erleichterung sinnvoller Umnutzungen geeigneter Bestands- und Gewerbeflächen
- Förderung familienfreundlicher Wohnformen und Eigentumsbildung
- Sicherstellung ausreichender Infrastruktur bei neuen Quartiersentwicklungen
- Schutz bestehender Wohnqualität bei Nachverdichtungsprojekten
- Stadtentwicklung mit Augenmaß
- Kommunale Politik darf Bauen, Wohnen und Eigentum nicht durch unnötige kostentreibende Vorgaben belasten.

Mehr Wohnraum – weniger Bürokratie

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Stadt. Gleichzeitig wird Bauen in Deutschland und auch in Braunschweig immer komplizierter, langsamer und teurer. Überbordende Bürokratie, langwierige Genehmigungsverfahren, zusätzliche Auflagen und kostentreibende Vorgaben erschweren dringend benötigten Wohnungsbau und treiben die Preise für Eigentümer, Bauherren und Mieter immer weiter nach oben.

Braunschweig braucht deshalb eine Stadtentwicklung, die wieder pragmatisch, wirtschaftlich vernünftig und an den Bedürfnissen der Bürger orientiert ist. Wir wollen mehr Wohnraum schaffen – schneller, einfacher und wirtschaftlicher. Planungs- und Genehmigungsverfahren

müssen innerhalb kommunaler Zuständigkeiten deutlich beschleunigt und unnötige Hürden konsequent abgebaut werden. Kommunale Politik darf nicht zum zusätzlichen Kostentreiber beim Wohnen werden.

Besonders junge Familien und Normalverdiener haben es heute immer schwerer, Eigentum zu erwerben oder bezahlbaren Wohnraum in guter Lage zu finden. Wir wollen deshalb Stadtentwicklung wieder stärker auch als Eigentums- und Familienpolitik denken. Wohneigentum schafft Sicherheit, stärkt Eigenverantwortung und hilft beim Vermögensaufbau über Generationen.

Geeignete Entwicklungsflächen in Braunschweig müssen schneller und sinnvoller genutzt werden, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Auch die Umnutzung geeigneter Flächen muss erleichtert werden, wo dies städtebaulich sinnvoll ist. Gleichzeitig lehnen wir eine Stadtentwicklung ab, die gewachsene Quartiere durch unausgewogene Nachverdichtung, zusätzliche Belastungen oder Fehlplanungen zulasten der Lebensqualität der Anwohner verändert.

Neue Quartiere müssen von Anfang an vernünftig geplant werden. Wohnen, Verkehr, Nahversorgung, Infrastruktur, Familienfreundlichkeit und Lebensqualität gehören zusammen. Braunschweig braucht eine vernünftige Stadtentwicklung mit Augenmaß, die Wohnraum schafft und Lebensqualität erhält.

7. Soziales & Jugend

Sozialpolitik muss den wirklich Bedürftigen dienen, menschenwürdige Hilfe gewährleisten und Perspektiven zur Rückkehr in ein selbstbestimmtes Leben schaffen.

Position

- Sozialpolitik muss sich an den wirklich Bedürftigen orientieren und Hilfe dort leisten, wo sie tatsächlich gebraucht wird.
- Soziale Unterstützung darf keine dauerhafte Fehlsteuerung oder Abhängigkeit fördern.
- Leistung, Eigenverantwortung und gesellschaftliche Teilhabe müssen wieder stärker gefördert werden.
- Kinder und Jugendliche brauchen Perspektiven, Orientierung, Förderung und stabile soziale Strukturen.
- Jugendpolitik muss sich an Bildung, Gemeinschaft, Sport, Vereinen und Zukunftschancen orientieren – nicht an Ideologie.
- Vereine, Ehrenamt und Jugendarbeit leisten einen wichtigen Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Jugendkriminalität, Perspektivlosigkeit und soziale Fehlentwicklungen dürfen nicht verharmlost werden.
- Soziale Hilfen müssen wirksam, zielgerichtet und verantwortungsvoll eingesetzt werden.
- Sozialpolitik muss helfen, statt Probleme dauerhaft zu verwalten.

Maßnahmen

- Bessere Unterstützung für Menschen in echten sozialen Notlagen
- Frühzeitige Hilfen zur Vermeidung sozialer Abstiegs- und Perspektivlosigkeit
- Stärkung von Jugendarbeit, Vereinen und sozialen Gemeinschaftsangeboten
- Erhalt von Sport-, Freizeit- und Jugendangeboten
- Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement
- Bessere Unterstützung gefährdeter Jugendlicher durch frühe Hilfsangebote
- Konsequente Prävention gegen Jugendkriminalität und soziale Fehlentwicklungen
- Zielgerichteter Einsatz sozialer Hilfen statt dauerhafter Fehlsteuerung
- Stärkere Vernetzung zwischen Jugendhilfe, Schulen, Familien und kommunalen Stellen

Hilfe zur Selbsthilfe, die ankommt.

Eine funktionierende Stadt zeigt sich auch daran, wie sie mit sozialen Herausforderungen umgeht. Menschen in schwierigen Lebenslagen brauchen Unterstützung, Hilfe und Perspektiven. Gleichzeitig braucht eine funktionierende Sozialpolitik klare Regeln, Zielgenauigkeit und den Anspruch, Menschen wieder in gesellschaftliche Teilhabe zu führen.

Wir sagen klar: Sozialpolitik muss helfen – nicht Probleme dauerhaft verwalten. Soziale Hilfen müssen sich an den wirklich Bedürftigen orientieren und dort ansetzen, wo Menschen in echte Notlagen geraten sind. Hilfe darf jedoch nicht zu dauerhafter Abhängigkeit,

Fehlanreizen oder politischer Symbolpolitik werden. Leistung, Eigenverantwortung und gesellschaftliche Teilhabe müssen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

Besonders junge Menschen brauchen Perspektiven. Jugendpolitik darf sich nicht auf Verwaltung sozialer Probleme beschränken, sondern muss Orientierung, Gemeinschaft, Bildung, Sport, Freizeit und Zukunftschancen fördern.

Gerade Vereine, Ehrenamt, Sportangebote und soziale Gemeinschaften leisten hier einen wichtigen Beitrag. Sie vermitteln Zusammenhalt, Verantwortung, Teamgeist und gesellschaftliche Bindung – oft dort, wo staatliche Programme allein nicht ausreichen. Gleichzeitig dürfen Jugendkriminalität, Perspektivlosigkeit, Gewalt oder soziale Fehlentwicklungen nicht aus falsch verstandener Nachsicht verharmlost werden.

Probleme müssen früh erkannt, Hilfen angeboten und Fehlentwicklungen konsequent begrenzt werden.

Braunschweig braucht deshalb eine Sozial- und Jugendpolitik mit Augenmaß: Hilfe für wirklich Bedürftige, Förderung von Eigenverantwortung, starke Jugendangebote, gesellschaftliche Orientierung und klare Perspektiven statt Fehlanreize und Dauerabhängigkeit.

8. Kultur & Werte

Zusammenhalt stärken.

Position

- Deutsche Sprache, kulturelle Identität und gemeinsame Werte sind Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
- Braunschweig braucht eine Kulturpolitik, die Heimat, Geschichte und gewachsene Identität stärkt.
- Kulturförderung muss sich an Bürgernähe orientieren und sollte vorhandene kulturelle und geschichtliche Schätze der Stadt stärker würdigen.
- Traditionen, Vereine und Ehrenamt leisten einen wichtigen Beitrag für Gemeinschaft und Zusammenhalt.
- Die deutsche Sprache muss als verbindendes Element im öffentlichen Leben gestärkt werden.
- Leitkultur und gemeinsame gesellschaftliche Grundregeln sind Voraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben.
- Kulturelle Beliebigkeit und gesellschaftliche Entwurzelung lehnen wir ab.
- Kinder und Jugendliche brauchen Orientierung und Wertevermittlung.
- Wir sind für eine bezahlbare Musikschule in Braunschweig.

Maßnahmen

- Stärkung von Heimatpflege und traditionellen Kulturangeboten
- Unterstützung von Vereinen, Ehrenamt und kulturellem Gemeinschaftsleben
- Förderung kultureller Einrichtungen mit Bürgernähe und gesellschaftlicher Verankerung
- Erhalt stadtgeschichtlicher Traditionen
- Stärkung deutscher Sprache im öffentlichen und kulturellen Leben
- Förderung generationenübergreifender Kultur- und Gemeinschaftsangebote
- Unterstützung lokaler Kulturträger mit klarem Bezug zur Stadtgesellschaft
- Kulturpolitik stärker an gesellschaftlichem Zusammenhalt und Bürgerinteressen ausrichten

Braunschweig im Herzen

Eine Stadt lebt nicht nur von Straßen, Gebäuden und Verwaltung – sie lebt auch von ihrer Geschichte, ihrer Kultur, ihren Traditionen und den Werten, die Menschen miteinander verbinden.

Wir sagen klar: Heimat, Kultur und gemeinsame Werte sind keine Nebensache, sondern Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Braunschweig ist geprägt von Geschichte, Tradition, kultureller Vielfalt im gewachsenen Sinne und einer eigenen städtischen Identität. Diese Identität darf nicht durch Beliebigkeit, kulturelle Entwurzelung oder ideologische Gesellschaftsexperimente schrittweise verdrängt werden.

Wir setzen uns deshalb für eine Kulturpolitik ein, die Heimatverbundenheit, Geschichte und Kultur stärkt – statt sich in Symbolpolitik zu verlieren.

Die deutsche Sprache ist dabei das verbindende Element unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sprache schafft Verständigung, Identität und kulturellen Zusammenhalt. Wer gemeinsame Sprache aufgibt, gefährdet auf Dauer auch gemeinschaftliches Miteinander.

Gleichzeitig leisten Vereine, Ehrenamt, Traditionen, Feste und lokale Kulturangebote einen unverzichtbaren Beitrag für das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt. Sie stiften Identität, fördern Gemeinschaft und verbinden Generationen.

Kinder und Jugendliche brauchen nicht kulturelle Beliebigkeit oder Orientierungslosigkeit, sondern Wertevermittlung, Heimatbezug, Geschichte und kulturelle Verankerung. Wir lehnen eine Kulturpolitik ab, die kommunale Einrichtungen oder öffentliche Förderung zunehmend für gesellschaftspolitische Umerziehung anfällig macht.

Braunschweig braucht deshalb eine Kulturpolitik, die Sprache und Kultur stärkt und gemeinsame Werte wieder in den Mittelpunkt stellt.

9. Infrastruktur und Verkehr

Braunschweig braucht eine funktionierende, bezahlbare und ideologiefreie Verkehrspolitik, die Mobilität sichert, statt sie einzuschränken.

Position

- Der motorisierte Individualverkehr bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Mobilität und darf nicht durch kommunale Symbolpolitik systematisch benachteiligt werden.
- Wir lehnen eine Verkehrspolitik ab, die Autofahrer, Pendler, Familien, Handwerker und Gewerbetreibende immer weiter belastet.
- Alle Verkehrsteilnehmer müssen fair berücksichtigt werden, ohne ideologisch motivierte Bevorzugung einzelner Mobilitätsformen.
- Straßen, Brücken und Verkehrswege müssen erhalten, saniert und leistungsfähig gehalten werden, statt weiter dem Verfall preisgegeben zu werden.
- Der Abbau von Parkplätzen ohne gleichwertigen Ersatz ist zu stoppen.
- Die Innenstadt muss für Bürger, Besucher, Handel und Gewerbe gut erreichbar bleiben.
- Verkehrsmaßnahmen müssen sich im Alltag bewähren und dürfen nicht gegen die Lebensrealität der Menschen geplant werden.
- Verkehrspolitik muss Mobilität ermöglichen statt künstlich erschweren.

Maßnahmen

- Vorrang für die Sanierung maroder Straßen, Brücken und kommunaler Verkehrswege
- Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen auf praktische Auswirkungen für Bürger, Gewerbe und Innenstadt-Erreichbarkeit
- Korrektur oder Rückbau von Fehlentwicklungen in der Verkehrsführung
- Stopp des Parkplatzabbaus ohne gleichwertigen Ersatz
- Ausbau und Modernisierung von Park-and-Ride-Angeboten
- Erhalt bezahlbarer Parkmöglichkeiten für Pendler, Besucher und Innenstadtkunden (Brötchentaste)
- Bessere Ampelschaltungen und intelligente Verkehrslenkung zur Vermeidung unnötiger Staus
- Prüfung zusätzlicher Grünpfeil-Regelungen an geeigneten Kreuzungen
- Effizienteres Baustellenmanagement zur Reduzierung künstlicher Verkehrsbehinderungen
- Verkehrsführung stärker an den Bedürfnissen von Wirtschafts-, Liefer- und Handwerksverkehr ausrichten

Schluss mit Verkehrsexperimenten

Braunschweig braucht eine Verkehrspolitik, die funktioniert – nicht eine Verkehrspolitik, die Mobilität künstlich erschwert.

In den vergangenen Jahren wurden Verkehrsführungen verändert, Parkplätze abgebaut und Maßnahmen umgesetzt, die in vielen Fällen nicht zu besseren Abläufen, sondern zu zusätzlichen

Belastungen für Pendler, Familien, Handwerker, Gewerbetreibende und den innerstädtischen Einzelhandel geführt haben. Immer häufiger entsteht der Eindruck, dass praktische Vernunft hinter ideologischer Verkehrspolitik zurückstehen muss.

Wir sagen klar: Verkehrspolitik darf kein Experimentierfeld gegen die Bürger sein. Der motorisierte Individualverkehr bleibt – unabhängig von der Antriebstechnik – ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Mobilität. Viele Menschen sind im Alltag auf das Auto angewiesen: Berufspendler, Familien, ältere Menschen, Handwerker, Pflegedienste, Lieferverkehre und zahlreiche Bürger aus dem Umland. Eine kommunale Verkehrspolitik, die diese Realität ignoriert oder gezielt erschwert, geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.

Gleichzeitig dürfen Straßen, Brücken und Verkehrswege in Braunschweig nicht weiter verfallen. Schlaglöcher, marode Fahrbahnen, schlecht koordinierte Baustellen und aufgeschobene Sanierungen sind kein Zeichen moderner Verkehrspolitik, sondern Ausdruck falscher Prioritäten. Wer funktionierende Mobilität will, muss zuerst dafür sorgen, dass bestehende Infrastruktur erhalten und instand gesetzt wird, bevor immer neue Verkehrsversuche geplant werden.

Auch die Erreichbarkeit der Innenstadt ist für Handel, Gastronomie, Dienstleistungen und das öffentliche Leben von zentraler Bedeutung. Eine Politik, die Parkraum abbaut, Verkehrswege verkompliziert und Erreichbarkeit verschlechtert, schwächt am Ende nicht nur Autofahrer, sondern auch Wirtschaft und Innenstadt.

Deshalb setzen wir uns für eine Verkehrspolitik mit Augenmaß ein: funktionierende Straßen, vernünftige Verkehrsführung, praktikable Parklösungen, moderne Verkehrslenkung und eine Mobilitätspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert – nicht an parteipolitischen Vorgaben.

Braunschweig braucht freie Mobilität, funktionierende Infrastruktur und eine Verkehrspolitik, die den Alltag erleichtert statt ihn immer komplizierter zu machen.

10. Energie & Umwelt

Umwelt vernünftig schützen, Versorgung sichern, Bürger entlasten – ideologiefreie Energie- und Umweltpolitik mit Augenmaß.

Position

- Energie muss für Bürger, Familien und Unternehmen bezahlbar und verlässlich bleiben.
- Kommunale Energie- und Umweltpolitik darf nicht zu immer neuen Belastungen für Bürger, Eigentümer und Wirtschaft führen.
- Umwelt- und Naturschutz müssen mit Augenmaß erfolgen und dürfen nicht gegen die Lebensrealität der Menschen gerichtet werden.
- Ideologisch motivierte Klima- und Symbolpolitik auf kommunaler Ebene lehnen wir ab.
- Stadtgrün, Parks, Bäume und Naherholungsräume sind zu erhalten und sinnvoll weiterzuentwickeln.
- Energiepolitik muss Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und technische Vernunft in den Mittelpunkt stellen.
- Braunschweig darf Bürger und Unternehmen nicht durch zusätzliche kommunale Vorgaben, Verbote oder Belastungen weiter unter Druck setzen.
- Umweltpolitik muss Natur schützen – nicht Bürger bevormunden.
- Technische Innovation und moderne Infrastruktur sind sinnvoller als ideologische Verbotskultur.

Maßnahmen

- Erhalt und Pflege von Stadtgrün, Parks, Grünflächen und Naherholungsräumen
- Sinnvolle Nachpflanzung und Pflege des städtischen Baumbestands
- Bessere Pflege öffentlicher Grünanlagen und Gewässer
- Prüfung kommunaler Energie- und Umweltmaßnahmen auf Wirtschaftlichkeit und Belastungsfolgen
- Vermeidung zusätzlicher kommunaler Belastungen für Eigentümer, Mieter und Unternehmen
- Technologieoffene Förderung sinnvoller Innovationen statt ideologischer Vorgaben
- Stärkung einer verlässlichen kommunalen Energieinfrastruktur
- Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen mit Augenmaß und praktischer Vernunft
- Saubere Stadt, gepflegte Grünflächen und funktionierende Umweltpflege statt Symbolpolitik

Umwelt schützen - Bürger entlasten

Energie und Umwelt gehören zu den zentralen Zukunftsfragen unserer Zeit. Gleichzeitig erleben viele Bürger, Familien und Unternehmen seit Jahren, dass Energie immer teurer wird, zusätzliche Vorgaben zunehmen und ideologische Symbolpolitik zunehmend in den Alltag eingreift.

Wir sagen klar: Umweltpolitik muss vernünftig bleiben.
Braunschweig braucht eine Energie- und Umweltpolitik, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, technische Vernunft und echten Umweltschutz miteinander verbindet – statt immer neuer Belastungen, Verbote und symbolpolitischer Maßnahmen.

Wir lehnen eine kommunale Politik ab, die Bürger, Eigentümer, Mieter oder Unternehmen durch zusätzliche Vorgaben, ideologische Projekte oder kostspielige Symbolpolitik immer weiter belastet.

Umweltschutz bedeutet für uns in erster Linie, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten: saubere Parks, gepflegte Grünanlagen, gesunde Bäume, funktionierende Gewässer, Naherholungsräume und ein lebenswertes Stadtbild.

Natur- und Umweltschutz dürfen dabei nicht zum Vorwand für Bevormundung, Verbotskultur oder immer neue Belastungen werden.

Gleichzeitig braucht Braunschweig eine verlässliche und leistungsfähige Energieinfrastruktur. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und technische Innovation müssen Vorrang vor ideologischer Klima-Symbolpolitik haben.

Wir setzen auf pragmatische Lösungen, technische Vernunft und Umweltpolitik mit Augenmaß – nicht auf ideologische Verbotskultur, die am Ende vor allem Bürger, Eigentümer, Familien und Unternehmen belastet.

Braunschweig braucht deshalb eine Energie- und Umweltpolitik, die Natur schützt, Stadtgrün erhält, Versorgung sichert und die Interessen der Bürger in den Mittelpunkt stellt – statt Symbolpolitik zulasten des Alltags.



Herausgeber:
AfD Niedersachsen
Im Großen Ort 14, 27801 Dötlingen.
Weitere Informationen zu den Verantwortlichen
und zur Finanzierung dieses Werbemittels finden
Sie online über den angegebenen QR-Code.